

16.9.2026 - [Pressemitteilungen](#)

Angriffe auf die Justiz werden verurteilt

Die Justizministerinnen und Justizminister Deutschlands, Liechtensteins, Luxemburgs, Österreichs und der Schweiz haben sich in einer **gemeinsamen Erklärung** zur Unabhängigkeit der nationalen und internationalen Justiz bekannt. Bei ihrem Treffen am 15.9.2026 in Berlin befassten sie sich zudem mit der Resilienz der Justiz, dem Gewaltschutz sowie Reformen im Miet- und Zivilprozessrecht.

Internationale Gerichtshöfe schützen

[In ihrer Erklärung](#) verurteilen die Ministerinnen und Minister Angriffe auf die Justiz. Dazu zählen sie insbesondere **Einschüchterungen** von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Versuche zur **Delegitimierung** von Gerichten und die Verbreitung von **Desinformation** zum Schaden von Justiz und Rechtsstaatlichkeit.

Ausdrücklich bekennen sich die fünf Staaten außerdem zum **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** und zum **Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)**. Beide Gerichtshöfe müssten in ihrer Unabhängigkeit geschützt werden. Mit Sorge sehen die Justizministerinnen und Justizminister insbesondere Bestrebungen, die Arbeit des IStGH zu behindern oder seine Mitglieder unter Druck zu setzen.